

ERGEBNISNIEDERSCHRIFT NR. 10/2014

Öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses der Stadt Lahr/Schwarzwald am Montag, 01.12.14 im Rathaus 2, Großer Sitzungssaal

Dauer der Sitzung: 10:10 Uhr bis 12:30 Uhr
13:20 Uhr bis 14:55 Uhr

Teilnehmende:

Sitzungsleitung	Oberbürgermeister Dr. Müller Erster Bürgermeister Schöneboom	bis 14:35 Uhr ab 14:35 Uhr	
SPD:	Stadtrat Stadträtin Stadtrat Stadtrat	Dr. Caroli Dreyer Hirsch Kleinschmidt	
CDU:	Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Dörfler Rompel Schweickhardt	bis 12:30 Uhr
Freie Wähler:	Stadträtin Stadtrat Stadträtin Stadtrat	Deusch Girstl Llombart Roth	
Bündnis 90/Die Grünen:	Stadtrat Stadträtin	Täubert Waldmann	
FDP:	Stadtrat	Uffelmann	
Linke Liste Lahr	Stadtrat	Oßwald	
entschuldigt fehlen:	Stadtrat	Wille	
Protokollführung:	Frau Herr	Buselmeier Dinger	(bis Mittagspause) (nach Mittagspause)
Zuhörende:	3		

Diese Sitzung ist nach § 34 GemO ordnungsgemäß einberufen und geleitet. Sie wird vom Vorsitzenden eröffnet mit der Feststellung, dass der Haupt- und Personalausschuss beschlussfähig und die Tagesordnung ortsüblich bekannt gemacht ist.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

I. BEKANNTGABE

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 17.11.2014 gefassten Beschlüsse

Der **Vorsitzende** gibt folgende in der nichtöffentlichen Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 17.11.2014 einstimmig gefassten Beschlüsse bekannt:

1. Die Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben in Höhe von € 59.500,00 zur Realisierung des Endausbaus der im Gebiet AREAL TRAMPLERSTRASSE gelegenen Straßen.
2. Die Bewilligung außerplanmäßiger Ausgaben in Höhe von € 9.000,00 im Zusammenhang mit der endgültigen bebauungsplanmäßigen Herstellung von Privatwegen.
3. Das Konzept zur Errichtung des Kommunalen Ordnungsdienstes mit der Ergänzung, dass zwei der im Stellenplan ausgewiesenen Vollzeitstellen „Gemeindevollzugsdienst“ für die Aufgabeninhalte des „Kommunalen Ordnungsdienstes“ auf zwei Jahre begrenzt umgewidmet werden.

II. BERATUNGS- UND BESCHLUSSANGELEGENHEITEN

1. Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2014 bis 2018

Der **Vorsitzende** weist darauf hin, dass bei den heutigen Haushaltsberatungen entgegen der Vorjahre mit der Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2014 bis 2018 begonnen werde. Dies sei hinsichtlich der großen bevorstehenden Aufgaben in den kommenden Jahren bewusst so entschieden worden.

Er merkt an, dass im Zeitraum von 1998 bis 2014 168 Millionen Euro ohne Neuverschuldung in die Stadt investiert worden seien. Zusätzlich konnten in Höhe von 14 Millionen Euro Schulden abgebaut bzw. Sonderrücklagen gebildet werden.

Nun zeichne sich die Landesgartenschau 2018 ab und die Herausforderungen, die damit verbunden sind, seien jetzt schon spürbar. Der Kernbereich solle ohne Neuverschuldung realisiert werden. Das im Rahmen der Landesgartenschau erstellte Zukunftsinvestitionsprogramm enthalte jedoch neben dem Kernbereich der Landesgartenschau weitere Investitionen, die über Kredite finanziert werden müssten. Der Rahmen- und Kostenplan der Landesgartenschau sehe ein Bruttoinvestitionsvolumen in Höhe von 25,7 Millionen Euro vor. Weitere 17,5 Millionen Euro sollen in den Bau von Kindertagesstätten und Sportstätten fließen sowie 7,4 Millionen Euro in die städtebauliche Erneuerung des Kanadarings. Demnach sollen in den kommenden Jahren etwa 50 Millionen Euro in die Stadt investiert werden. Im Vergleich dazu habe die Stadt Schwäbisch-Gmünd etwa 77,5 Millionen Euro, die Stadt Nagold

etwa 40 Millionen Euro und die Stadt Villingen-Schwenningen etwa 30 Millionen Euro im Rahmen der Landesgartenschau in ihre Stadt investiert. Neben der Landesgartenschau seien die Umbauarbeiten in der Otto-Hahn-Realschule und der Friedrichschule sowie der Umbau der Tonofenfabrik in ein stadthistorisches Museum und zahlreiche Straßensanierungen nennenswerte Investitionen.

Mit dem Beschluss zur städtebaulichen Erneuerung des Kanadarings sei der Verwaltung zudem eine große Verantwortung übertragen worden, die sich aber der Herausforderung stelle.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass die Landesgartenschau nur etwa die Hälfte des gesamt geplanten Investitionsvolumens darstelle. Für die vorgenommenen Aufgaben sei es notwendig, dass diszipliniert mit den Mitteln umgegangen werde.

Grundsätzlich sei es wichtig, das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts zu verfolgen, aber dennoch stelle die Landesgartenschau eine große Chance für die Stadtentwicklung dar, die genutzt werden soll.

Er bittet die Fraktionen um Ihre Stellungnahmen und eröffnet die Aussprache. Er übergibt das Wort an Stadtrat **Kleinschmidt**.

Stadtrat **Kleinschmidt** spricht für die SPD- Fraktion:

Durch die guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien die Haushaltsberatungen in diesem Jahr, wie bereits in zurückliegenden Jahren, insbesondere durch die höheren Zuweisungen entspannt gewesen. Wichtige Entscheidungen im Rahmen der Landesgartenschau und über Zukunftsinvestitionen seien bereits im Vorfeld getroffen worden.

Stadtrat **Kleinschmidt** betont die Leistungsfähigkeit des städtischen Haushalts und weist zudem auf das stetig steigende Haushaltsvolumen hin. Er vertritt die Meinung, dass der Gemeinderat und die Verwaltung in den letzten Jahren sehr viel Haushaltsdisziplin gezeigt und sorgfältig gearbeitet hätten. Jetzt sollen die Chancen der Landesgartenschau genutzt und trotzdem Haushaltsdisziplin gewahrt werden. Seiner Ansicht nach sei die Stadt Lahr für die Zukunftsaufgaben gerüstet. Die vorsichtigen Haushaltsplanungen der vergangenen Jahre würden sich nun auszahlen.

Stadtrat **Kleinschmidt** schließt sich dem Standpunkt an, dass die Landesgartenschau ohne Neuverschuldung gestemmt werden könne. Wichtig sei jedoch auch, dass neben der Landesgartenschau weitere Stadtentwicklungsprojekte realisiert werden könnten. Ein besonderes Augenmerk sei darauf zu legen, dass langfristige Vorteile durch die Landesgartenschau für die Bürger der Stadt Lahr entstünden.

Er hebt hervor, dass Investitionen in den Stadtteilen, wie beispielsweise in Kippenheimweiler und Reichenbach geplant seien. Die SPD-Fraktion halte es für wichtig, dass die städtebauliche Erneuerung des Kanadarings in vier und nicht in acht Jahren abgeschlossen werde, um einerseits zeitnah bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Maßnahme vor Beginn der Landesgartenschau abzuschließen. Sie unterstütze zudem das bereits beschlossene Zukunftsinvestitionsprogramm, das beispielsweise den Kindergarten im Mauerefeld oder die Sporthalle und die Sportfreiflächen beinhalte. Die SPD-

Fraktion lege großen Wert darauf, dass die nachhaltigen Projekte jetzt umgesetzt werden und die Zuschüsse und die Steuervergünstigungen optimal ausgenutzt werden.

Stadtrat **Kleinschmidt** halte es für bemerkenswert, dass seit 2000 keine neuen Schulden eingegangen wurden. Die geplante Neuverschuldung sei nun jedoch unumgänglich. Für wichtig erachte er in diesem Zusammenhang, dass das Finanzierungs- und Entschuldungskonzept strikt umgesetzt werde. Die SPD-Fraktion stelle deshalb keine neuen Anträge.

Der Haushaltsplanentwurf für 2015 sei ausgewogen und die Schwerpunkte der SPD-Fraktion wie Bildung, Kinderbetreuung, Klimaschutzkonzept, Radwegenetz, Tonofenfabrik, Vereinsförderung und Investitionen in die Stadtteile seien ersichtlich.

Die SPD-Fraktion schlage vor, für den Ausbau der Friedrichstraße zwischen Alleestraße und Gärtnerstraße eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 Euro in den Haushalt 2015 aufzunehmen. Der Antrag der Verwaltung, Mittel für die Neugestaltung des Parkplatzes in der Turmstraße bereitzustellen, werde abgelehnt.

Abschließend bedankt sich Stadtrat **Kleinschmidt** bei der Verwaltung für die gute Vorbereitung des ausgewogenen Haushaltsentwurfs. Die Stadt Lahr hätte in den letzten Jahren gut gewirtschaftet und sei stets handlungsfähig und handlungsbereit gewesen. Die SPD-Fraktion sei überzeugt, dass der Gemeinderat und die Verwaltung die Gegenwart und die Zukunft gut gestalten könnten.

Für die CDU-Fraktion meldet sich Stadtrat **Dörfler** zu Wort:

Stadtrat **Dörfler** könne den Ausführungen der SPD-Fraktion grundsätzlich zustimmen. Als großes gemeinsames Ziel des Gemeinderats und der Verwaltung nennt er die Landesgartenschau, die mit den vorhandenen Möglichkeiten zum Erfolg geführt werden soll. Zudem spricht er ein großes Lob an die Stadtkämmerei für die gute Vorbereitung der Haushaltsberatungen aus.

In Bezug auf die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes betont Stadtrat **Dörfler**, dass die CDU-Fraktion die bisherigen Planungen unterstütze, die bisher geplante Mittelbereitstellung in Höhe von etwa 1,5 Millionen Euro jedoch für ausreichend halte. Insgesamt sei die Umgestaltung des Bahnhofs und des Vorplatzes von großer Bedeutung.

Stadtrat **Dörfler** bemerkt, dass die Kreisumlage durch Unterstützung der CDU und der Freien Wähler abgesenkt worden sei, was sich positiv für den Haushalt auswirke.

Er betont, dass der Gemeinderat bei der Entscheidung in Bezug auf die städtebauliche Erneuerung des Kanalarings richtig gehandelt habe. Die CDU-Fraktion befürworte die Umsetzung der Maßnahme in vier Jahren sehr. Eine Baumaßnahme über acht Jahre könne den Bewohnern nicht zugemutet werden. Zudem koste die Maßnahme durch die kürzere Bauzeit nicht mehr.

Stadtrat **Dörfler** führt aus, dass die Landesgartenschau eine Zukunftsinvestition für die Stadt darstelle, für die die CDU-Fraktion auch bereit sei, für über den Kernbereich hinausgehende Investitionen, Darlehen aufzunehmen. Dabei sei das beschlossene Finanzierungs- und Entschuldungskonzept mit einer jährlichen Rückführungsrate in Höhe von 1 Millionen Euro von großer Bedeutung und werde unterstützt. Dazu seien ein internes Controllingverfahren sowie die regelmäßige Information des Gemeinderats notwendig, um gegebenenfalls schnelle Entscheidungen treffen zu können.

Die mittelfristige Finanzplanung enthalte aus Sicht der CDU-Fraktion keine kritischen Ansätze. Änderungen seien nicht erforderlich, weshalb dem Entwurf grundsätzlich zugestimmt werde. Insbesondere die Investitionen in Schulen, in den Ortsteilen und in die Tonofenfabrik würden unterstützt. Die CDU-Fraktion werde dem Vorschlag der Verwaltung in Bezug auf die Neugestaltung des Parkplatzes in der Turmstraße nicht zustimmen. Dem Antrag der Verwaltung eine Zeitmessanlage zu beschaffen werde zugestimmt.

Der **Vorsitzende** weist im Zusammenhang mit der Bahnhofsmmodernisierung darauf hin, dass in der Gemeinderatssitzung am 26.01.2015 ein Vertreter der Deutschen Bahn das Projekt von Seiten der Deutschen Bahn erläutern werde.

Stadtrat **Roth** spricht für die Fraktion Freie Wähler:

Aus Sicht der Fraktion der Freien Wähler sei der städtische Haushalt gut aufgestellt. In den vergangenen Jahren hätten Rücklagen in Höhe von 20 Millionen Euro angespart werden können. Dies resultiere einerseits aus der guten Wirtschaftsentwicklung, andererseits aus einer vorausschauenden Finanzpolitik. Stadtrat **Roth** unterstreicht, dass die Beteiligungen an der Elektrizitätswerk Mittelbaden AG & Co. KG sowie der badenova AG & Co. KG, die jährlich etwa 5 Millionen Euro einbringen, zur guten finanziellen Situation beitragen würden. Er spricht ein Lob für die Verwaltung, insbesondere für die Stadtkämmerei, für die soliden Haushaltsplanungen aus.

Stadtrat **Roth** erinnert daran, dass in der Vergangenheit zahlreiche Risiken eingegangen worden seien, wie beispielsweise die Sparkassengewährleistung, die Aufrechterhaltung des Flugbetriebs oder die Konversion des Flughafengeländes. Der Erfolg dieser Maßnahmen zeige, dass die Stadt Lahr solche Herausforderungen meistern könne.

Die Fraktion der Freien Wähler sehe mit Sorgen, dass die Rücklagen aufgebraucht und zusätzlich neue Schulden gemacht werden sollen. Andererseits stehe sie hinter den geplanten und auch notwendigen Investitionen wie zum Beispiel die Sporthallen, die Tonofenfabrik, die Bahnhofsanierung sowie die städtebauliche Erneuerung des Kanalarings. Es sei wichtig, die steuerlichen Vorteile auszunutzen und Zuschüsse in Anspruch zu nehmen. Es solle neben der Landesgartenschau weiterhin in die Daseinsvorsorge investiert werden. Dabei sei eine gewisse Disziplin zu wahren, die sich beispielsweise bereits im Verzicht auf eine neue Stadthalle gezeigt habe.

Die Fraktion der Freien Wähler fordere ein gutes Kostencontrolling, insbesondere bei den Großvorhaben der Landesgartenschau. Aber auch beim Ei-

genbetrieb Spital sehe Stadtrat **Roth** die Möglichkeit anhand eines funktionierenden Controllings künftig das Ziel eines ausgeglichenen Betriebsergebnisses zu erreichen.

Stadtrat **Roth** betont, dass aus Sicht der Fraktion der Freien Wähler die mittelfristige Finanzplanung sehr bedeutsam sei und man die langfristige Betrachtungsweise unterstütze. Von besonderer Bedeutung sei außerdem das Finanzierungs- und Entschuldungskonzept, um auch künftig Gestaltungsmöglichkeiten zu haben.

Angesichts der hohen Haushaltsreste, insbesondere im Gebäudemanagement, schlägt Stadtrat **Roth** vor, diese durch die Einlegung eines Sabbatjahres abzubauen.

Dem Vorschlag der Verwaltung in Bezug auf die Neugestaltung des Parkplatzes in der Turmstraße werde zugestimmt. In Zusammenhang mit der Bahnhofsmodernisierung weist Stadtrat **Roth** darauf hin, dass neben der Modernisierung eine bessere verkehrliche Anbindung von Westen geschaffen werden müsse. Er stimme Stadtrat **Dörfler** zu, dass die bisher geplanten Mittel für die Bahnhofsmodernisierung ausreichen sollten.

Insgesamt sei die Fraktion der Freien Wähler mit dem Haushaltsentwurf einverstanden.

Für die Fraktion der Grünen ergreift Stadtrat **Täubert** das Wort:

Die Fraktion der Grünen zeige sich mit dem vorgelegten Haushaltsentwurf zufrieden. Die eigenen Schwerpunkte wie beispielsweise das Klimaschutzkonzept, das Rad- und Fußwegekonzept und das Schulsanierungsprogramm seien darin verwirklicht. Den größeren Maßnahmen des Vermögenshaushalts wie beispielsweise Maßnahmen zur Landesgartenschau sowie zum Zukunftsinvestitionsprogramm, die städtebauliche Erneuerung des Kanadarings, die Erweiterung der Otto-Hahn-Realschule zur Ganztageschule sowie der Umbau der Tonofenfabrik zum Stadtmuseum sei bereits mit den Grundsatzbeschlüssen zugestimmt worden.

Stadtrat **Täubert** bemerkt die große Bedeutung des Finanzierungs- und Entschuldungskonzepts im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung. Die Fraktion der Grünen sehe sich darin bestätigt, dass sie den Beschluss eines solchen Konzeptes herbeigeführt habe und sei zufrieden, dass sich dieses in den Planungen bereits niederschlage. Weniger erfreulich sei, dass das Haushaltsjahr 2015 zum Abbau der Haushaltsreste bereits beschlossener Maßnahmen genutzt werde. Andererseits gäbe es immer mehr Maßnahmen, die rechtlich notwendig sind und nicht verschoben werden könnten.

Die geplante Entschuldung von 1 Millionen Euro je Jahr reiche nicht aus, um eine Neuverschuldung zu vermeiden. Um hiergegen vorzugehen, müssten große Projekte in den Zeitraum nach 2018 verschoben werden, was jedoch nicht sinnvoll sei, da jetzt steuerliche Vorteile und Zuschüsse genutzt werden könnten. Aus Sicht der Fraktion der Grünen hätte die städtebauliche Erneuerung des Kanadarings innerhalb acht Jahren umgesetzt werden können, um eine finanzielle Entlastung herbeizuführen. Dies sei jedoch mehrheitlich ab-

gelehnt worden. Wichtig sei darum, dass nach 2018 Schulden abgebaut und bei der Umsetzung weiterer Maßnahmen diszipliniert vorgegangen werde.

Stadtrat **Täubert** weist abschließend darauf hin, dass die Fraktion der Grünen auf weitere Anträge verzichtet.

Stadtrat **Uffermann** spricht für die FDP-Fraktion:

Stadtrat **Uffermann** weist darauf hin, dass es sich wie bereits in vergangenen Jahren um einen Rekordhaushalt mit einem Volumen in Höhe von 123 Millionen Euro handle. Die im Rahmen der bevorstehenden Aufgaben zu tätigen Investitionen würden die vorhandenen Reserven vollständig abbauen und zusätzlich zu einer Neuverschuldung führen. Die FDP-Fraktion fordere im Gegensatz zur geplanten Neuverschuldung in Höhe von 17,4 Millionen Euro eine maximale Neuverschuldung von unter 15 Millionen Euro.

Aus Sicht der FDP-Fraktion sei die städtebauliche Erneuerung des Kanadaring eine notwendige Maßnahme, die in vier Jahren umgesetzt werden solle. Mit dem Umbau der Tonofenfabrik in ein stadtgeschichtliches Museum sei die Fraktion nicht einverstanden. Der Kauf des Gebäudes sei richtig gewesen, um den Platz in der Innenstadt zu sichern, jedoch sei das Kostenvolumen für den Umbau, die Ausstattung und die Folgekosten sehr erheblich und in der momentanen Situation unangebracht. Ebenso lehne die Fraktion die Erweiterung der Fußgängerzone in der Kreuzstraße ab. Der mehrheitliche Beschluss werde jedoch akzeptiert.

Stadtrat **Uffermann** betont die Wichtigkeit des Entschuldungskonzepts und macht auf die notwendige Haushaltsdisziplin des Gemeinderats aufmerksam. Beunruhigend seien weiterhin die steigenden Personalausgaben.

Die Neugestaltung des Parkplatzes in der Turmstraße werde nicht als dringlich angesehen und solle deshalb verschoben werden. Sinnvoller sei die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 € für den Ausbau der Friedrichstraße zwischen Alleestraße und Gärtnerstraße. In Bezug auf die Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes schließe sich Stadtrat **Uffermann** der Meinung Stadtrats Dörfler an. Des Weiteren plädiere er für den Abbau der Haushaltsreste für bereits begonnene Maßnahmen.

Insgesamt zeige der Haushalt 2015 ein erfreuliches Bild und die FDP-Fraktion könne dem Entwurf zustimmen.

Für die Fraktion der Linken Liste Lahr ergreift Stadtrat **Oßwald** das Wort:

Aus Sicht der Fraktion der Linken Liste Lahr sei der Haushaltsentwurf 2015 nicht sehr erfreulich. Die Pro-Kopf-Verschuldung von bisher 1.350 € steige auf 1.800 € an. Stadtrat **Oßwald** kritisiert die hohe geplante Neuverschuldung und bemerkt negativ, dass bei vergangenen Maßnahmen Kostensteigerungen trotz Hinweise der Fraktion nicht eingeplant worden seien.

Stadtrat **Oßwald** weist auf die massiven Schulden hin, die durch die Landes-

gartenschau entstünden und durch die mit geringeren Zuweisungen vom Land zu rechnen sei. Weitere Folgen der Landesgartenschau seien höhere Abschreibungen und hohe Unterhaltungsaufwendungen, die seiner Meinung nach in den bisherigen Planungen nicht berücksichtigt seien.

Stadtrat **Oßwald** bedauert zudem, dass in der kurzen Zeit seiner bisherigen Amtszeit bereits zum dritten Mal die Kinderbetreuungsgebühren angehoben worden seien.

Die Aufnahme einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 500.000 € für den Ausbau der Friedrichstraße zwischen Alleestraße und Gärtnerstraße könne von der Fraktion mitgetragen werden.

Stadtrat **Oßwald** signalisiert keine Zustimmung zum Haushaltsentwurf von Seiten seiner Fraktion, weil die Prioritäten falsch gesetzt seien und soziale Aspekte zu kurz kämen.

Der **Vorsitzende** bedankt sich für die Stellungnahmen. Er weist darauf hin, dass das Haushaltsvolumen von 85 Millionen Euro im Jahr 1998 auf 123 Millionen Euro im Jahr 2015 gestiegen sei und betont, dass sich die Aufgaben und Strukturen der Verwaltung stark verändert hätten. Die Personalausgaben seien seiner Ansicht nach die Voraussetzung für qualifizierte Mitarbeiter, die außerordentliche Leistungen erbringen müssten.

Der **Vorsitzende** hebt hervor, dass der Erwerb der Flugbetriebsflächen eine große Investition in die Zukunft der Stadt gewesen sei. Er bedankt sich bei den Stadträten und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit, wodurch zahlreiche Aufgaben erfolgreich abgeschlossen werden konnten.

In Bezug auf den Vorschlag der Verwaltung, Mittel für die Neugestaltung des Parkplatzes in der Turmstraße bereitzustellen, weist der **Vorsitzende** darauf hin, dass vom Gemeinderat grundsätzlich Defizite in der Qualität und Quantität der Parkplätze beklagt worden seien. Die Neugestaltung des Parkplatzes in der Turmstraße solle in diesem Zusammenhang im Rahmen der möglichen Finanzierbarkeit zeitnah eine Verbesserung herbeiführen.

Nach Abschluss der Stellungnahmen der Fraktionen lässt der **Vorsitzende** daraufhin über die „Vorberatung des Investitions- und Finanzierungsplanes für die Jahre 2014 bis 2018“ abstimmen:

Beschluss

Der vorgelegte Investitions- und Finanzierungsplan für die Jahre 2013 bis 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. a) Vorberatung des Verwaltungshaushaltes für das Haushaltsjahr 2015
- b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2015

2. a) Vorberatung des Verwaltungshaushalts für das Haushaltsjahr 2015

Für die Vorberatung des Verwaltungshaushalts schlägt der **Vorsitzende** vor, den Haushalt „Seite für Seite“ durchzugehen und erteilt Stadtkämmerer **Trampert** das Wort. Stadtkämmerer **Trampert** bedankt sich zunächst für die lobenden Worte an die Stadtkämmerei.

Auf Vorschlag von Stadtrat **Kleinschmidt** wird über die Änderungsliste des Verwaltungshaushalts mit Ausnahme der Kreisumlage insgesamt abgestimmt. Der **Vorsitzende** stellt sodann das Einvernehmen des Gremiums fest, die von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen in den Haushalt zu übernehmen.

Anschließend ruft Stadtkämmerer **Trampert**, beginnend mit dem Verwaltungshaushalt auf S. 47, Seite für Seite des Haushaltsplan-Entwurfs auf.

Die einzelnen Haushalts(änderungs)anträge werden im Folgenden sachbezogen (d.h. die jeweiligen Unterabschnitte und Haushaltsstellen betreffend) protokolliert.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0810 - Ausbildung, Schulung und Fortbildung -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass Kosten für Fortbildung (1.0810.562100) um 15.000 Euro erhöht wurden. Grund hierfür sei zusätzlicher Schulungsbedarf im Zusammenhang mit Änderungen beim Kommunalen Ordnungsdienst.

EINZELPLAN 2

Unterabschnitt 2000 - Allgemeine Schulverwaltung -

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass der Ansatz bei der Finanzposition 1.2000.655200 „Weiterentwicklung der Bildungslandschaft“ in Lahr um 13.000 Euro auf 7.000 Euro reduziert werden kann.

EINZELPLAN 4

Unterabschnitt 4000 - Verwaltung der sozialen Angelegenheiten -

Stadtkämmerer **Trampert** informiert darüber, dass eine neue Finanzposition 1.4000.172500 „Eingliederungshilfe Zuschuss vom Kreis für Kindertagesstätten und Horte“ mit einem Einnahmeansatz in Höhe von 22.000 Euro eingefügt werden kann.

Unterabschnitt 4648 - Förderung von Kindergärten und Kindertagesheimen -

Stadtkämmerer **Trampert** teilt mit, dass der Ansatz bei der Finanzposition 1.4648.700100 „Bauunterhaltungszuschüsse“ nach Mitteilung des zuständigen Fachamtes um 15.000 Euro auf 300.000 Euro reduziert werden kann.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5712 - Freibad im Stadtteil Sulz -

Stadtrat **Mauch** bedauert, dass die Mittel für die Renovierung des Stegs in Höhe von 80.000 Euro gestrichen worden seien. Er beantragt eine Verpflichtungsermächtigung für 2016 einzustellen.

Herr **Sottru** erläutert, dass die Stege sowie die Unterkonstruktion komplett morsch seien und saniert werden müssten. Der Verein hätte in den letzten Jahren immer die Deckbretter auf eigenen Kosten erneuert. Die Unterkonstruktion müsste spätestens Anfang 2016 erneuert werden.

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung im Verwaltungshaushalt nicht möglich sei. Die Beratung werde bei der Vorberatung des Vermögenshaushalts erneut aufgegriffen.

Unterabschnitt 5803 - Abt. Öffentliches Grün und Umwelt / Stabstelle Umwelt -

Stadtrat **Dr. Caroli** bittet um Erläuterung der geplanten Maßnahmen in Bezug auf das Klimaschutzkonzept, die aus dem Haushaltsplanentwurf nicht eindeutig hervor gehen.

Herr **Kaiser** erläutert, dass 2014 Minderausgaben entstanden seien, die darauf beruhen, dass die geplante Einstellung eines Klimaschutzmanagers noch nicht erfolgt sei. Die Stelle soll nun im Frühjahr 2015 besetzt werden. Über die Minderausgaben sei ein Haushaltsrest gebildet worden. Für 2015 seien unter anderem Mittel für den Ausbau der Gebäudeleittechnik, das Rad- und Fußwegenetz und die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf energieeffiziente LED-Technik bereitgestellt.

Herr **Wurth** führt weiter aus, dass das Gemeindewirtschaftsrecht eine de-

zentrale Veranschlagung der Mittel vorschreibe. Pauschale Ansätze solle es nicht geben. Er sichert zu, dass dem Haushaltsentwurf künftig ein Erläuterungsblatt über die geplanten Maßnahmen des Klimaschutzkonzepts beigelegt werde.

Stadtkämmerer **Trampert** ergänzt, dass 2015 auf der Finanzposition 1.5803.628000 „Integriertes Klimaschutzkonzept – Maßnahmen“ keine Mittel bereitgestellt worden seien, da noch über 200.000 Euro Mittel aus Vorjahren zur Verfügung stünden. Zusätzlich seien 190.000 Euro dezentral veranschlagt worden. Er informiert zudem über die Bemühungen zur Mitgliedschaft im Verband der Kommunalen Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage. Es sei nicht möglich, dass einzelne Stadtteile Mitglied im Verband würden, sondern nur die Stadt insgesamt. Daraus ergäbe sich eine Beitragsbelastung in Höhe von 55.000 Euro.

Stadträtin **Deusch** plädiert dafür, über das Thema in Zukunft grundsätzlich zu diskutieren. Sie sei sich bewusst, dass die Mitgliedschaft aufgrund der gebotenen Haushaltsdisziplin derzeit nicht möglich sei. Stadträtin **Frei** begrüßt den Vorschlag von Stadträtin Deusch.

Bürgermeister **Petters** halte den Mitgliedsbeitrag für unangemessen, insbesondere da nicht alle Lahrer Bürger von der Mitgliedschaft profitieren würden. Die Mitgliedschaft einzelner Stadtteile sei von einer Satzungsänderung des Verbandes abhängig.

Unterabschnitt 5850 - Landesgartenschau 2018 -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass die im Entwurf unter der Finanzposition 1.5850.700000 „Zuführung an die LGS Lahr 2018 GmbH“ bereitgestellten Mittel in Höhe von 500.000 Euro im Vermögenshaushalt darzustellen seien.

EINZELPLAN 9

Unterabschnitt 9000 - Steuern, allg. Zuweisungen und allg. Umlagen -

Stadtkämmerer **Trampert** gibt bekannt, dass die veranschlagten Mittel bei der Finanzposition 1.9000.832000 „Kreisumlage“ aufgrund des Beschlusses des Kreistages um 275.000 Euro reduziert werden könnten.

Nach Abschluss der Vorberatung des Verwaltungshaushalts für das Haushaltsjahr 2015 betrage die Zuführungsrate vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt 6.761.890 Euro, damit eine Verbesserung gegenüber dem gedruckten Haushaltsentwurf in Höhe von 810.000 Euro.

Mittagspause von 12:30 Uhr bis 13:20 Uhr

2. b) Vorberatung des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2015

Der **Vorsitzende** begrüßt die Anwesenden zum zweiten Teil der Haushaltsberatungen, den Vorberatungen des Vermögenshaushaltes für das Haushaltsjahr 2015. Auch für die Vorberatung des Vermögenshaushaltes, so der **Vorsitzende**, wolle man den Haushalt „Seite für Seite“ durchzugehen. Der **Vorsitzende** erteilt Herrn Stadtkämmerer Trampert das Wort.

Sodann ruft Stadtkämmerer **Trampert** „Seite für Seite“ des Vermögenshaushaltes auf.

EINZELPLAN 0

Unterabschnitt 0620 - Verwaltungsgebäude -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass bei der Finanzposition 2.0620.942000-999 „bauliche Verbesserungen“ vorgeschlagen werde, für die Beschaffung von zwei Büropaternoster einen Ansatz von 60.000 € im Haushalt aufzunehmen. Die vorhandenen Büropaternoster seien bereits um die 40 Jahre alt und reparaturanfällig. Ersatzteile gebe es keine mehr.

Herr **Brucker** merkt an, dass man regelmäßige Ausfälle bei den Paternostern zu verzeichnen habe. Die Ersatzbeschaffung sei zudem auszuschreiben. Für die Ersatzbeschaffung müsse man mit ca. einem halben Jahr rechnen.

Es ergibt sich eine kurze Diskussion innerhalb des Gremiums. Der Vorschlag der Verwaltung wird daraufhin abgelehnt.

EINZELPLAN 2

Unterabschnitt 2000 - Allgemeine Schulverwaltung -

Stadtrat **Kleinschmidt** weist darauf hin, dass seine Fraktion festgestellt habe, dass für die EDV-Ausstattung in sämtlichen Grundschulen der Haushaltsansatz mit 0 € festgesetzt worden sei. Anregung der SPD-Fraktion sei, für das Jahr 2016 einen Anschaffungspool für EDV-Ausstattungen, vor allem für die Grundschulen, einzurichten.

EINZELPLAN 5

Unterabschnitt 5500 - Förderung des Sports -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass der Ausschuss für Soziales, Schulen und Sport in seiner Sitzung vom 26.11.2014 befürwortet habe, dem Antrag des TV Lahr für die Beschaffung einer elektronischen Zeitmessanlage Rechnung zu tragen bzw. eine entsprechende Förderung im Haushaltsplan

zu veranschlagen. Der Ansatz bei der Finanzposition 2.5500.987000-998 „Zuschüsse an Vereine“ wäre nach dieser Empfehlung des Ausschusses von 15.000 € auf 29.000 € zu erhöhen. Die Beschaffung werde u.a. auch über eine Förderung von anderer Seite mitfinanziert.

Stadtrat **Kleinschmidt** berichtet, dass seine Fraktion dem Vorschlag nicht zustimmen werde. In der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Schulen und Sport vom 26.11.2014, in der er auch anwesend gewesen sei, sei formal nicht abgestimmt worden. Die Aufnahme der Maßnahme in den Haushalt sei Wunsch der Verwaltung gewesen. Die Argumentation, welche ihm vorliege, dass die Stadt für eine solche Maßnahme mehr als 60% an Zuschuss zahle, und die elektronischen Zeitmessanlage auch durch Schulen benutzt werden könne, hält Stadtrat **Kleinschmidt** für nicht nachvollziehbar. Eine Schule könne eine Anlage, welche einem Verein gehöre, in dieser Qualität gar nicht ausleihen weil sie für deren Unversehrtheit nicht garantieren könne.

Stadtrat **Dörfler** berichtet, dass seine Fraktion, den Ansatz bei der Finanzposition 2.5500.987000-998 „Zuschüsse an Vereine“ von 15.000 € auf 29.000 € zu erhöhen, zustimmen werde und begründet dies u.a. damit, dass das Fachamt den Zuschuss befürworte.

Stadtrat **Roth** berichtet, dass seine Fraktion die Argumentation von Stadtrat Dörfler ähnlich sehe. Daneben gehe es um die elektronische Zeitmessanlage für die Austragung von Wettbewerben, welche auch über das Stadtbild hinausstrahlen würden. Insofern könne seine Fraktion der Erhöhung ausnahmsweise zustimmen.

Stadtrat **Täubert** berichtet, dass seine Fraktion eher der Auffassung von Stadtrat Kleinschmidt folgen werde. Wolle man grundsätzlich eine strengere Linie verfolgen, so sollte man dies bei allen Punkten handhaben.

Herr **Evermann** weist darauf hin, dass der Antrag vom Verein fristgerecht eingereicht worden sei. Die Verwaltung habe dann mit dem Verein noch Gespräche geführt, so dass nunmehr seitens des Vereins noch ein Eigenanteil bezahlt werden würde. Unerwähnt möchte Herr **Evermann** nicht lassen, dass es in den vergangenen Jahren so gewesen sei, dass in der ganztägigen Sitzung noch nachträglich Anträge durch die Politik gestellt worden seien obwohl gar keine Anträge seitens eines Vereins vorlagen.

Herr Erster Bürgermeister **Schöneboom** bekräftigt, dass der Antrag des Vereins fristgerecht eingegangen sei, man aber den Antrag in den Haushalt wegen dessen Höhe nicht ohne weiteres aufnehmen wollte, man zudem der Auffassung gewesen sei, dass sich der Verein an den Kosten beteiligen könne und man die Möglichkeit einer Bezuschussung durch den badischen Sportbund mitnutzen sollte. Deshalb habe man sich nochmals mit dem Verein zusammengesetzt, was einige Zeit benötigt habe. Der Ausschuss für Soziales, Schulen und Sport habe ja nicht insgesamt über den Haushalt des Amtes 50 abgestimmt, was in dieser Sitzung nun erfolgen solle. Herr Erster Bürgermeister **Schöneboom** hält dies für einen vertretbaren Kompromiss, welcher den städtischen Interessen als auch denen des Vereins genüge.

Stadtrat **Uffelmann** fragt an, ob noch mehrere solcher Bonbons in der Sitzung kommen werden. Man wolle ja eine Linie verfolgen.

Stadtkämmerer **Trampert** verdeutlicht, dass die Veranschlagung des Zuschusses eine Empfehlung des Ausschusses für Soziales, Schulen und Sport gewesen sei, weshalb hier ein Aufruf erfolge. Nach seiner Einschätzung habe

man noch eine Position, welche nicht unbedingt Vorschlag der Verwaltung sei, der Ersatz des Amphibiengewässers in Sulz.

Der **Vorsitzende** lässt über die Erhöhung des Ansatzes von 15.000 € auf 29.000 € abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Unterabschnitt 5715 - Freibäder -

Ortsvorsteher **Mauch** berichtet über die maroden Holzstege im Freibad Sulz und schlägt vor, eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 80.000 € in den Haushalt einzustellen.

Der **Vorsitzende** stellt das Einvernehmen des Gremiums fest.

Unterabschnitt 5800 - Öffentliche Grünanlagen -

Stadtrat **Dörfler** spricht den Kleinfeldpark an und fragt nach, für welche Maßnahmen man denn den Betrag von 1.000.000 € investieren wolle. Dass man u.a. den See durch die Verlegung der Parkplätze der Firma Schneider neu modellieren müsse sei klar.

Stadtrat **Dr. Caroli** berichtet, dass man zwei Bürgeranhörungen durchgeführt habe und das Konzept der Verwaltung dort vorgestellt worden sei. Es sei den Bürgern gesagt worden, dass der Park auf 2,5 Hektar begrenzt werden soll und eine Bebauung u.a. mit dem Parkplatz vorgenommen werde. Dabei sei den Bürgern quasi eine erhöhte Aufenthaltsqualität im Park versprochen worden. Nach Einschätzung seiner Fraktion, so Stadtrat **Dr. Caroli**, werden die in den Haushalt eingestellten Summen benötigt.

Auch Stadtrat **Roth** berichtet, dass er sich die Situation Vorort angesehen, mit Bürgern gesprochen und auch die Diskussionen mitbekommen habe. Den Bürgern gehe es nicht darum, so Stadtrat **Roth**, dass dort 2 oder 1,5 Mio. Euro investiert werden sollen. Den Bürgern gehe es vielmehr um die Aufenthaltsqualität im Park. Da komme man dann zur Frage wie man diese Aufenthaltsqualität erreiche. Diese erreiche man dadurch, dass man in diesen Park endlich einmal eine ordentliche Pflege hereinbekomme, so Stadtrat **Roth**. Der Park sei einfach der Natur überlassen worden und so habe er sich dann auch entwickelt. Mit einfachen Mitteln solle diese erhöhte Aufenthaltsqualität erreicht werden. Entscheidend sei dann, dass die Parkanlage auch gepflegt werde. Hiermit sollte sich der technische Ausschuss nochmals intensiv beschäftigen.

Stadtrat **Täubert** pflichtet Stadtrat Roth bei, dass im Park zukünftig eine laufende Pflege stattfinden müsse. Bereits bei der ersten Bürgeranhörung, bei der er auch zugegen war, herrschte eine sehr große Skepsis, was sich bei der zweiten Bürgeranhörung gedreht habe, nachdem die Pläne der Verwaltung vorgestellt worden seien. Wenn diese Pläne umgesetzt werden würden, würde das was im Haushalt an Mittel enthalten sei, nicht ausreichen. Man sei jedoch im Wort. Die Verwaltung habe in den Bürgeranhörungen die Mehrheit

gekippt und sie habe mit den Plänen die vorgelegt wurden eine Zustimmung zum Projekt erreicht. Stadtrat **Täubert** hält den Haushaltsansatz zwar für knapp bemessen, aber derzeit als ausreichend. Man müsse sich jedoch die Planungen nochmals ansehen.

Der **Vorsitzende** merkt an, dass es richtig sei, sich nochmals die Planungen anzusehen. Auch er sei bei der ersten Bürgeranhörung zugegen gewesen und kenne die Situation. Nach Ansicht des **Vorsitzenden** sei es jedoch nicht richtig zu sagen, dass die Verwaltung mit der Vorstellung des Konzeptes die Meinung in der Bürgeranhörung geändert habe. Richtig sei vielmehr, dass die Gegenstimmen im Vorfeld überbetont worden seien. Schon bei der ersten Veranstaltung konnte man feststellen, dass ein Gutteil der Anwesenden aus Interesse zugegen gewesen seien, so der Vorsitzende. Die Anzahl der Skeptiker, im Hinblick auf das Grundwasser oder des Lärms, hielten sich bei der Veranstaltung in Grenzen. Man habe jetzt, so der **Vorsitzende**, Veräußerungserlöse i.H.v. 1.000.000 € im Haushalt veranschlagt und in etwa diese Größenordnung habe man auch für die Maßnahme Kosten veranschlagt. Zudem sei er der Ansicht, dass man sich das Ausbaukonzept bzw. das Änderungskonzept im Gremium nochmals intensiv ansehen müsse. Keine Frage sei, dass dort noch Verbesserungsmöglichkeiten bestünden. Der **Vorsitzende** schlägt vor, dass man, im Hinblick auf die derzeitige Planung, noch Herrn Sottru höre und den Ansatz derzeit so belasse.

Stadträtin **Waldmann** merkt an, dass sie auch bei den beiden Bürgeranhörungen gewesen sei. Nach Ansicht von Stadträtin **Waldmann** habe die zweite Bürgeranhörung den Umschwung in der Meinung der Bürger gebracht. Die Vorstellung der Pläne mit den enthaltenen drei Spielplätzen habe bewirkt, dass sich der Widerstand gewendet habe.

Für Stadtrat **Uffermann** sind die Zahlen ziemlich anonym, er könne sich fast nichts darunter vorstellen, außer, dass was gemacht werden soll. Herr Stadtrat Täubert drohe seiner Ansicht nach ja fast schon damit, dass es doppelt so teuer werde. Man sollte schon etwas mehr wissen, was passieren solle. Den See auszubaggern sei zuletzt, nach den Erinnerungen von Stadtrat **Uffermann**, gar nicht so teuer gewesen, um die 200.000 €. Er frage sich daher, wo der Rest des Geldes hinfließen solle.

Der **Vorsitzende** erteilt Herrn Sottru das Wort.

Herr **Sottru** führt aus, dass 40% der Fläche umgestaltet werden soll und diese Fläche nachher nicht mehr da sei. Bei den verbleibenden rund 3 ½ Hektar verbliebe kein Stein mehr auf dem anderen. Die Höhenlage des Geländes, welches bebaut werden solle, verändere sich komplett. Der vorgesehene Parkplatz rücke bis auf 3 Meter an den See heran, weshalb kein Weg mehr um den See möglich sei. Der See soll nicht nur ausgebaggert werden, er soll auch eine neue Geometrie bekommen, so Herr **Sottru**. Selbstverständlich sei eine Beteiligung des Gremiums am Planungsprozess vorgesehen, so Herr **Sottru**.

Stadtkämmerer **Trampert** spricht die Anlegung eines Ersatzgewässers für Amphibien im Waldbereich am Sulzberg an. Die Thematik sei Gegenstand der Haushaltsgespräche gewesen. Man sei zum dortigen Zeitpunkt jedoch der Auffassung gewesen, dass die Maßnahme noch nicht reif für eine Umsetzung sei. Zwischenzeitlich gebe es wohl aber auch bereits Vorlagen, welche im morgigen Umweltausschuss und am kommenden Mittwoch im technischen Ausschuss beraten werden sollen. Die zeitliche Abfolge sei aus Sicht

der Verwaltung sehr problematisch, weil man heute, nach Ansicht von Stadtkämmerer **Trampert**, den Haushalt 2015, auch im Hinblick auf die Vorlage des Haushaltes beim Regierungspräsidium Freiburg, fertig beschließen wolle. Inhaltlich sei es jedenfalls eine politische Entscheidung, ob eine Notwendigkeit für die Maßnahme gesehen werde. Es gehe um einen Haushaltsansatz i.H.v. 20.000 €, so Stadtkämmerer **Trampert**.

Herr **Sottru** merkt an, dass man die Maßnahme in der morgigen Sitzung des Umweltausschusses detailliert vorstellen wolle. Im Naturbad habe sich mit der Zeit eine Population von Kröten etabliert, wie man sie auch beim Hohenbergsee habe. Diese Kröten würden aus dem oberhalb gelegenen Wald kommen und die Straße queren. Man habe bereits gehandelt in dem der BGL auf einer Straßenseite einen mobilen Zaun aufgestellt habe. Auf der anderen Straßenseite müsse auch noch ein Zaun aufgestellt werden. Zusammen mit Fachleuten aus dem Bereich Naturschutz werde nach Möglichkeiten gesucht, dass man die Krötenpopulation aus dem Naturbad wegbekomme, so Herr **Sottru**. Breite sich die Krötenpopulation im Naturbad weiter aus, so sei dies nicht unproblematisch für die Nutzung des Naturbades. Ein Aspekt sei nun die Schaffung von Ersatzgewässern im Waldbereich, was durch die dortigen sehr starken Böschungen und Hangneigungen nicht einfach sein werde. Einen endgültigen Stand über die zu ergreifenden Maßnahmen habe man noch nicht, jedoch müsse man etwas unternehmen.

Stadtrat **Dr. Caroli** berichtet, dass er selbst bei der Erkundung Vorort dabei gewesen sei. Es sei so, merkt Stadtrat **Dr. Caroli** an, dass man nicht ohne weiteres die Wege der Amphibien umlenken könne. Dies müsse sich über mehrere Jahre hinweg langsam entwickeln. Zugleich müssen Vorortmaßnahmen, wie z.B. mobile Zäune errichten, ergriffen werden. Da noch genau ergründet werden müsse welche Maßnahmen wo ergriffen werden müssen, wäre es nach Ansicht von Stadtrat **Dr. Caroli** kein Problem, die Maßnahme ein Jahr später in den Haushalt aufzunehmen. An der Dringlichkeit der Maßnahme bestehe jedoch kein Zweifel.

Ortsvorsteher **Mauch** berichtet, dass die Maßnahme, nachdem man die Situation Vorort erkundet habe, Vorschlag von Herrn Laufer, dem Beauftragten für Amphibien, gewesen sei. Eine fachliche, sachliche und langfristig gute Lösung müsse auf den Weg gebracht werden um die Kröten oberhalb der Langenhardstraße ableichen zu lassen.

Der **Vorsitzende** berichtet, dass er die Diskussion so verstanden habe, dass die Maßnahme im Umweltausschuss und den technischen Ausschuss fachlich weiter verdichtet werde und sich das Gremium bei der nächsten Haushaltsberatung fachlich wieder mit der Thematik befassen solle.

Nachdem hierzu keine gegenteilige Meldung aus dem Gremium erfolgt, wird die Maßnahme nicht in den Haushalt 2015 eingestellt.

Unterabschnitt 5850 - Landesgartenschau 2018 -

Stadtkämmerer **Trampert** weist darauf hin, dass man die Zuweisungen der laufenden Ausgaben der Landesgartenschau Lahr 2018 GmbH aus dem Vermögenshaushalt leiste. Bei der Landesgartenschau Lahr 2018 GmbH werden diese Zuweisungen als Rücklagenzuführung behandelt, weshalb die Zuordnung i.H.v. 500.000 € im Vermögenshaushalt erfolge.

Unterabschnitt 5910 - Miniaturgolfanlage -

Stadtrat **Hirsch** möchte wissen, ob im Hinblick auf die Landesgartenschau Lahr 2018, Verschönerungsmaßnahmen im an die Miniaturgolfanlage angrenzenden Friedrich-Maurer-Park vorgesehen seien.

Herr **Sottru** berichtet, dass man für die Instandsetzung der Mauer und des Zaunes noch Haushaltsreste aus dem Jahr 2014 habe. Weitere Verschönerungsmaßnahmen im Park seien derzeit haushaltsmäßig noch nicht dargestellt. Auf Nachfrage von Stadtrat Hirsch teilt Herr **Sottru** mit, dass die Mauer und der Zaun im Jahr 2015 instandgesetzt werden sollen.

Unterabschnitt 6150 - Stadtsanierung -

Nachdem sich eine kurze Aussprache u.a. zum stadtgeschichtlichen Museum ergab stellt Stadtrat **Hirsch** den Antrag, für den Ausbau der Friedrichstraße, zwischen Alle- und Gärtnerstraße, eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 550.000 € in den Haushalt 2015 einzustellen.

Stadtrat **Dörfler** weist darauf hin, dass der Ausbau der Friedrichstraße in der mittelfristigen Finanzplanung für das Jahr 2016 stehe und man somit die Verpflichtungsermächtigung mittragen könne.

Stadtkämmerer **Trampert** merkt an, dass für den Ausbau der Friedrichstraße, zwischen Alle- und Gärtnerstraße, eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 500.000 € in den Haushalt 2015 einzustellen sei.

Sodann lässt der **Vorsitzende** über die Einstellung einer Verpflichtungsermächtigung, für den Ausbau der Friedrichstraße, zwischen Alle- und Gärtnerstraße, i.H.v. 500.000 € im Jahr 2016 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtkämmerer **Trampert** weist auf die Änderungsliste hin. Hier seien die Änderungen eingefügt, die sich aus der Überarbeitung der Zahlen für den Kanadaring ergeben hätten.

Unterabschnitt 6300 - Gemeindestraßen -

Stadtrat **Schweickhardt** beantragt, für den Umbau der östlichen Hugsweierer Hauptstraße, eine Planungsrate i.H.v. 20.000 € in den Haushalt einzustellen.

Stadtrat **Kleinschmidt** weist darauf hin, dass die Stadt in den nächsten vier Jahren riesige Projekte vor sich habe und nicht alles was wünschenswert sei, auch in den Stadtteilen, in dieser Zeit umgesetzt werden könne. Er habe in der Sitzung heute Morgen für seine Fraktion bereits gelobt, dass mit einem gewissen Augenmaß versucht werde, nicht nur für die Landesgartenschau Lahr 2018 Gelder bereitzustellen sondern auch für Projekte in den Stadtteilen. Dies sei auch ausgewogen, vielleicht nicht für jeden Stadtteil zufriedenstellend, gelungen. Wenn ein Straßenprojekt im Haushaltsplan für 2019 und danach vorgesehen sei, brauche man jetzt noch keine Planungsrate. Von daher könne man dem Antrag nicht zustimmen, so Stadtrat **Kleinschmidt**.

Stadtrat **Dörfler** weist auf die besondere Situation der Hugsweierer Hauptstraße hin. Wenn der Hirschplatz in Dinglingen mehrmals täglich überlastet sei, dann werde Hugsweier zunehmend als Ausweichquartier genutzt um über den Schleichweg in den Kreisverkehr in der Rheinstraße zu gelangen. Dies führe in Hugsweier zu einer erheblichen verkehrlichen Mehrbelastung die man nur dann gefahrlos bewerkstelligen könne, wenn man die Straße entsprechend ausbaue. Man wisse, so Stadtrat **Dörfler**, dass es mit dem Ausbau vielleicht noch ein paar Jahre gehen werde. Man wolle jedoch zumindest in der Planung sein und, was Sicherheitsbelange und die Verkehrsführung angehe, dass der Ortsvorsteher sagen könne, er habe das was in seiner Macht stehe getan. Der Ansatz einer Planungsrate von 20.000 € wäre im Interesse des Stadtteils Hugsweier und es wäre im Hinblick auf die Sicherheit der Bevölkerung auch kein verwerflicher Ansatz, so Stadtrat **Dörfler**.

Stadtrat **Täubert** pflichtet bei, dass es in der Sache sicher richtig sei. Man rede jedoch erst einmal über eine Planungsrate. Jetzt schon so zu tun als ob es möglich sei in den Jahren 2016, 2017 die Maßnahme durchzuführen sehe er, so Stadtrat **Täubert**, nicht. Für eine Maßnahme die im Haushaltsplan in den Jahren 2019 fortfolgende enthalten sei, brauche man für 2015 noch keine Planungsrate einstellen. Wenn alle Fraktionen und Ortsvorsteher sich mit Anträgen zurückhalten wollen, dann müsse man auch diesen Antrag ablehnen.

Stadtrat **Roth** möchte in der Frage schon etwas unterscheiden. Hier gehe es nicht um eine Dorferneuerungsmaßnahme sondern um eine zunehmende verkehrliche Situation die sich aufgrund des immer stärkeren Ausbaus im Lahrer Westen entwickle. Stadtrat **Roth** weist beispielhaft auch auf die Situation beim Autobahnanschluss hin, der jetzt schon zunehmend zu gering dimensioniert sei und sich in den Hauptverkehrszeiten mittlerweile Warteschlangen bis in die Stadt hinein bilden würden. Eine ähnliche Situation habe man in Hugsweier mit der man sich zumindest auf der Planungsebene auseinandersetzen müsse. Stadtrat **Roth** ist der Ansicht, dass man eine Umsetzung der Maßnahme in 2016, 2017 der Bevölkerung gegenüber nicht suggerieren sollte. Man solle sich jedoch mit der Verkehrssituation auseinandersetzen.

Stadtrat **Uffermann** sieht die Situation genauso wie Stadtrat Täubert. Er sehe keinen Sinn darin, für eine Maßnahme die 2019 oder danach umgesetzt werden soll, eine Planungsrate zu veranschlagen.

Es ergibt sich eine weitere Diskussion innerhalb des Gremiums.

Danach lässt der **Vorsitzende** über den Antrag von Stadtrat Schweickhardt abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
8 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Der **Vorsitzende** übergibt den Vorsitz an Herrn Erster Bürgermeister Schöneboom.

Herrn Erster Bürgermeister **Schöneboom** übernimmt den Vorsitz.

Unterabschnitt 6800 - Parkhäuser, Parkplätze -

Stadtkämmerer **Trampert** berichtet, dass man in diesem Unterabschnitt die neue Finanzposition 2.6800.950500-999 mit der Bezeichnung „Neuordnung von Parkflächen Turmstraße“ vorgesehen habe. Hierbei seien 140.000 € an Ausgaben und als Gegenfinanzierung 41.700 € aus dem zweckgebundenem Einsatz der Stellplatzablösungen vorgesehen.

Nach etwas längerer Diskussion zieht der **Vorsitzende** die Veranschlagung der Maßnahme zurück.

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Wurth über das aktuelle Ergebnis der Haushaltsberatungen zu berichten.

Herr **Wurth** berichtet, dass die Rücklagenentnahme zu Beginn der Sitzung, mit Stand der Änderungsliste, mit 4.706.810 € erforderlich gewesen sei. Nach den Haushaltsberatungen sei eine Rücklagenentnahme i.H.v. 4.312.510 € und damit eine reduzierte Entnahme i.H.v. 394.300 € erforderlich.

Stadtkämmerer **Trampert** verliest auf Bitte des Vorsitzenden den Verwaltungsvorschlag zur Beschlussfassung an den Gemeinderat:

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt dem Entwurf der vorgelegten Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2015 unter Einbeziehung der beschlossenen Änderungen zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Ermittlung des Haushaltsvolumens entsprechende geringfügige Korrekturen vorzunehmen.“

Der **Vorsitzende** lässt über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

13 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

3. Vorberatung der Wirtschaftspläne 2015

- a) Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung Lahr
- b) Eigenbetrieb Bau- und Gartenbetrieb Lahr
- c) Eigenbetrieb Bäder, Versorgung und Verkehr

Der **Vorsitzende** stellt fest, dass das Gremium damit einverstanden sei, dass über die Wirtschaftspläne 2015 der Eigenbetriebe der Stadt insgesamt abgestimmt werden könne.

Sodann verliest Stadtkämmerer **Trampert** den Beschlusstenor.

„Der Haupt- und Personalausschuss stimmt den Entwürfen der vorgelegten Wirtschaftspläne 2015 für die Eigenbetriebe Abwasserbeseitigung Lahr, Bau- und Gartenbetrieb Lahr sowie Bäder, Versorgung und Verkehr Lahr zu und empfiehlt dem Gemeinderat die Beschlussfassung.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

III. OFFENLEGUNGSVERFAHREN

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 20.10.2014.

Der **Vorsitzende** weist auf die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 20.10.2014 hin.

Es wird festgestellt, dass die Beschlussfähigkeit des Haupt- und Personalausschusses während der gesamten Dauer der heutigen Sitzung gewährleistet war.

Lahr/Schwarzwald, 01.12.2014

Vorsitzender

Protokollführung

Protokollführung

Stadtrat/-rätin

Stadtrat/-rätin